

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 13 (1933-1934)
Heft: 4-5

Artikel: Amerikas "New Deal"
Autor: Wolfer, Ernst
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-157702>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

ruhig auch „Nationalsozialismus“ nennen, das marschierende, vorwärtsdrängende Element dar; er galvanisiert sozusagen den alten Radikalismus, der seinerseits wohl lieber in den ausgetretenen Bahnen wandeln, sich nach bequemeren Bundesgenossen auf seiner Rechten umsehen möchte. Unter der Führung eines Herriot, Chautemps oder Montigny würde es wohl zu der längst ersehnten Konzentration kommen, mit Louis Marin als Flügelmann; der viel jüngere E d u a r d D a l a d i e r hingegen, der sich zudem mit dem Bürgermeister von Lyon weniger denn je verständigen kann, weiß jeden Konzentrationsgedanken weit von sich, ohne dafür jedoch ohne Widerstand das sozialistische Joch tragen zu wollen. Es bleibt ihm also weiter nichts übrig, als die kühne Operation zu wagen, von der bereits die Rede ging: die S p a l t u n g der S. F. J. O. Die Umstände erscheinen günstig: die deutsche Umwälzung, die Vernichtung des Marxismus dort, wo seine Wiege stand, haben die französische Sektion der Internationale sozusagen von ihrer Nabelschnur getrennt, die sie mit blutvollem Leben versah. Wozu sich nun immer die sozialistischen Machthaber — sie verfügen ja immer noch über eine starke Mehrheit bei den „Militanten“ — entschließen mögen: Vierzig und mehr Abgeordnete werden keinen Augenblick zögern, die Regierung Daladier gegen Wind und Wetter zu unterstützen, selbst auf die Gefahr hin, daß sie aus der alten Partei mit Schimpf und Schande verjagt werden. Herr Daladier wird sich erkenntlich zeigen und ihnen im nächsten Herbst mehrere Ministerjessel anbieten: fünf, behaupten die Eingeweihten. Man nennt diese neue Bildung: Das Kartell auf dem Kriegsfuß. Es wird in der Tat gewisse faschistische oder nationalsozialistische Tendenzen zeigen, wodurch die Rechte entwaffnet, die altsozialistische Linke zwischen zwei Feuer gestellt wird. Winkt dann dem „Kriegskartell“ durch ein besonderes Lächeln des Glücks auch noch der praktische Erfolg, so saugt es mit Leichtigkeit alle Kritik, alle Unzufriedenheit der Massen über die bestehenden Dinge auf: das konservative Frankreich gebärdet sich revolutionär, und dafür erspart es vielleicht — wenigstens auf absehbare Zeit — eine wirkliche Revolution.

Amerikas „New Deal“.

Von Ernst Wolfer.

„Amerika ist neu. Es lebt im Prozesse der Wandlung und der Entwicklung. Es hat noch die großen Möglichkeiten der Jugend.“ Diese Worte rief der jetzige amerikanische Präsident Roosevelt seinem Volk letzten Herbst zu, als eine harte Wirtschaftskrise einen bisher unverwüstlichen Optimismus geknickt hatte. Aber es blieben nicht nur Worte. Als er im März dieses

Jahres an die Spitze seines Landes trat, zeigte es sich, daß auch in ihm die starken Kräfte der Jugend leben. Seine Antrittsrede zeigte dem Volk, daß er gewillt war, als Führer aufzutreten und Führerverantwortung zu übernehmen. Er versprach, zu handeln und das zu tun, was getan werden mußte. Und er sprach es deutlich aus, daß, wenn das Parlament ihn hindern wolle, er gestützt auf außerordentliche Kriegsvollmachten selbstständig handeln werde. Ein neuer Lebensstrom brauste durch das amerikanische Volk. Und als Roosevelt am ersten Tage alle Banken des Landes für mehrere Tage schloß, und als nach der Wiedereröffnung noch eine große Zahl geschlossen blieb, hielt die Begeisterung an. Das Volk stand geschlossen hinter seinem Führer. Es war wie ein Truppe, die, des langen Umherliegens in den Quartieren und der Untätigkeit zögernder Führer müde, mit einem neuen Führer zum lang ersehnten Angriff vorgehen kann. Das Volk spürte Führerwillen und Führerkraft.

Auch wirtschaftliche Krisen sind viel stärker seelische Krisen, als wir heute in unserem materialistisch befangenen Denken es zugeben wollen. Die Lösungen liegen nicht einmal zur Hauptsache in materiellen Veränderungen. Materiell änderte sich in den ersten Monaten der Präsidentschaft nur wenig, und die Maßnahmen, die sofort durchgeführt wurden, waren an sich sehr unpopulär. Aber trotzdem war das Volk wie verwandelt. Jeder Truppenführer kann das verstehen. Soldaten nehmen freudig jede Entbehrung auf sich, wenn sie von Begeisterung für das Kampfziel und für den Führer erfüllt sind, und eine Truppe, der dieses innere Feuer fehlt, murren auch im Wohlergehen und verkommt.

Roosevelt begnügte sich nicht damit, eine bloße Repräsentantenrolle zu spielen, daneben den Kongreß durch parlamentarisches Schwätzen die Zeit vertändeln und im übrigen die Dinge scheitern zu lassen. Er legte auch nicht die Hände in den Schoß und wartete auf die sagenhafte günstige internationale Wendung. Er ging unmittelbar zur Aktion über. Schlag auf Schlag folgten sich die aus dem Weißen Haus stammenden Vorlagen im Kongreß und wurden unter Hochdruck durchgepreßt. Die meisten sind für die amerikanische Wirtschaft von weittragendster Bedeutung. Alle zusammen erfüllen ein großartiges, umfassendes nationales Wirtschaftsprogramm.

In der bisherigen Politik Roosevelts lassen sich unter großen Gesichtspunkten eine Reihe von sehr interessanten Beobachtungen machen. Die Schweiz und die Vereinigten Staaten beruhen auf gleichen staatsrechtlichen Grundsätzen. Auch die staatsrechtliche Ausgestaltung im einzelnen ist in beiden Ländern sehr ähnlich. Darum ist eine Betrachtung der neuesten lebendigen Entwicklung in der Union für die Schweiz von besonderem Wert.

Die Parlamente haben beim Volk viel an Kredit verloren. Man hatte gesehen, wie unter Hoover der Kongreß angesichts der drängenden Probleme handlungsunfähig blieb. Die Staatsparlamente boten ein klägliches Schauspiel von Unkenntnis und Untätigkeit. Das Volk verlangte nach Führung und Aktion, nach zielbewußter staatlicher Tätigkeit. Darum jubelte es

Roosevelt zu, als er die politische Führung des Kongresses an sich riß. Man redete wieder vom „big stick“, den Theodor Roosevelt schon geschwungen hatte. Und als gegen den Schluß der Session hin der Kongreß begann, sich seines Eigenlebens zu besinnen, wurde er noch unpopulärer und bot ein so schlechtes Schauspiel, daß es dem Präsidenten wahrscheinlich ein Leichtes gewesen wäre, durch einen direkten Appell ans Volk den Kongreß wieder in Linie zu bringen, wenn seine übrigen Zuchtmittel versagt hätten.

Wie jede liberale Verfassung, so ist auch die amerikanische auf dem Grundsatz der Trennung der Gewalten aufgebaut. Sorgfältig hat man die Exekutive von der Legislative geschieden. Der Präsident ist im Kongreß nicht anwesend und nimmt an den Verhandlungen nicht teil. Formelle Gesetzesinitiative steht ihm nicht zu. Und doch ist es interessant, wie sich hier durch die praktische Entwicklung außerrechtlich eine wesentliche Wandlung vollzogen hat. Alle die außerordentlich weittragenden Vorlagen wurden im Weißen Haus ausgearbeitet. Durch Konferenzen mit Parlamentariern und mit den Führern der Mehrheit im Senat und im Repräsentantenhaus, sowie durch die Pressekonferenzen wurde der Präsident zum völligen Führer des Kongresses. Aber auch materiell wurden große Gebiete, die verfassungsmäßig dem Kongreß zustehen, an den Präsidenten übertragen. Das Zentralstück jeder wichtigen Vorlage bildete die Übertragung unbeschränkter Vollmachten an den Präsidenten innerhalb eines sehr allgemeinen Rahmengesetzes. Das freie Ermessen, das gemäß dem Grundsatz der Trennung der Gewalten innerhalb der Verfassung dem Parlamente zusteht, das durch Erlaß von Gesetzen gleichzeitig die allgemeinen Verfassungsvorschriften konkretisiert und die Exekutive bindet, wurde nunmehr dem Präsidenten übertragen. Der Kongreß beschränkte sich auf den Erlaß sehr allgemeiner Vorschriften und übertrug weitgehende Vollmachten an die Exekutive. Damit ging die Union zum Grundsatz des autoritären Staates über, bei dem weitgehendes Ermessen nicht mehr bei der Legislative, sondern bei der Exekutive liegt. Am besten beleuchtet eine Äußerung Roosevelts in seiner zweiten Radioansprache die Lage, als er sagte, die Regierung werde von der Inflation Gebrauch machen, „wenn, sobald und soweit“ es notwendig sein werde. Wo Voraussetzung, Zeitpunkt und Ausmaß des Handelns im Ermessen der Exekutive stehen, haben wir den autoritären Staat. In der Presse wurde dem Präsidenten von gewissen Kreisen, die sich der Möglichkeit beraubt sahen, unter der Herrschaft eines ohnmächtigen Parlamentes im Trüben zu fischen, diktatorisches Vorgehen vorgeworfen. Er verteidigte sich dagegen, indem er sagte, sein Vorgehen sei und bleibe verfassungsmäßig. Das mag Formaljuristen beruhigen. Aber „qui s'excuse s'accuse“. Das Schreckgespenst des „Diktators“ wurde indessen vom Volk mit Wohlgefallen aufgenommen.

Roosevelt wich noch in einer anderen Richtung von formalen Vertretungsgrundsätzen ab. Anstelle des auf eine Kritik-, Kontroll- und Be-

ratungsinstanz zurückgeschraubten Kongresses trat in den Mittelpunkt des politischen Handelns ein Fachkollegium. Es sind dies die persönlichen Berater Roosevelts, der sog. „brain-trusts“. Diese Berater, die sachlich die Wirtschaftspolitik Roosevelts bisher führten, sind zum größten Teil Univerzitätsprofessoren einer jüngeren Generation, die vom Präsidenten selbständig ernannt wurden.

Die bisherige aktive Wirtschaftspolitik der Roosevelt'schen Verwaltung bildet ein Schlußglied in einer langen Kette der Entwicklung. Die Vereinigten Staaten galten bisher mit Recht als die Hochburg des wirtschaftlichen Individualismus und damit des westlichen Kapitalismus. Eine konsequente Politik des *laissez faire* beherrschte das amerikanische Wirtschaftsleben, sowie die amerikanische Politik und wurde bis in die jüngste Zeit, gestützt auf verfassungsrechtliche Erwägungen, von den obersten Gerichten verteidigt. Der wirtschaftliche Individualismus war gegeben in einem Lande mit einem großen, scheinbar unerschöpflichen Raum, und er schuf den Boden, auf dem Finanz und Industrie in Amerika emporstiegen. Aber die Voraussetzungen sind heute andere. „Die Philosophie des Eigeninteresses war eine gute Lebens- und Arbeitstheorie in den Tagen, als die Zivilisation ihre Grenzen zwanzig Meilen im Tag durch den amerikanischen Kontinent vorschob, und jeder Mann für sich die beste soziale Mobilisation besorgte. Aber heute ist sie ein verspätetes Gespenst, das das Krähen des Hahnes überhört hat. Sie war eine Grenzermoral. Aber diese wird höchst unmoralisch, wenn der Pionier zum Mitbürger wird, und sie wird höchst unwirtschaftlich, wenn die Arbeit zerlegt und das Produkt vervielfältigt werden kann. Sie macht Betriebsschließungen in der Industrie zur Regel und führt nicht nur zu Reichtum, sondern zu jener fürchterlichen Verschwendung von Reichtum, die heute jedem Auge in unseren unbeschäftigten Händen, Feldern, Maschinen und Herzen offenbar ist“ (H. L. Lloyd: *Man, the Social Creator*). In der Wissenschaft macht sich eine andere Auffassung von der Rolle des Staates im Wirtschaftsleben geltend. „Die Leistungsfähigkeit der Arbeitskraft einer Nation unter einer tausendköpfigen Leitung des Privatkapitals ist, auch wenn die Führer nicht gegenseitige Feinde wären, verglichen mit der, welche sie unter einem einzigen Kopf erreicht, gleich der militärischen Schlagkraft eines Mob, oder einer Horde von Barbaren mit tausend kleinen Häuptlingen, verglichen mit derjenigen einer disziplinierten Armee unter einem General“ (E. Bellamy, *Looking Backward*). „Wir betrachten den Staat nicht nur als negativen Faktor, dessen Einfluß am glücklichsten ist, wenn er am geringsten ist, sondern wir anerkennen, daß einige der notwendigsten Funktionen der Gesellschaft nur durch den Staat und andere am wirksamsten durch den Staat ausgeübt werden können, daß mit einem Wort der Staat eine ständige Kategorie im Wirtschaftsleben ist und nicht nur eine vorübergehende Brücke, die man wegwerfen kann, wenn die Gesellschaft vollkommener wird“ (Prof. C. F. James in *Publications of American Economic Association*). Der wirtschaftliche

Individualismus schädigte vor allem den Farmer und den Arbeiter. Immer und immer wieder zeigten sich Bewegungen, wie die Grangers, die Populisten, die Progressiven u. a., die gegen den unbeschränkten Liberalismus gerichtet waren, und die gelegentlich sogar die soliden Parteimaschinen bedrohten. Unter den neueren Führern ist vor allem auf Theodor Roosevelt, den Führer der Progressiven 1912 und sein „square deal“ hinzuweisen. Wilson leitete eine tatkräftigere Wirtschaftspolitik namentlich zum Schutz der wirtschaftlich Schwächeren ein. Franklin Roosevelt ist heute der aktive Fortsetzer dieser Anfänge, auf die er deutlich aufbaut. Seine Politik setzt sich vor allem für die Farmer und für die Industriearbeiter ein. Vor einem Jahr sagte er in einer berühmten Rede: „Die gegenwärtige Regierung (Hoover) hat die Infanterie unserer Wirtschaftsarmee entweder vergessen oder erinnert sich nicht an sie. Unsere schlechten Zeiten verlangen das Aufstellen von Plänen, die ihren Glauben noch einmal in den vergessenen Mann an der Basis der wirtschaftlichen Pyramide setzen.“

Für die Farmer sieht ein Gesetz namentlich eine großartige Entschuldungsaktion vor. Regulierung der Produktionsflächen, Hebung der Preise für landwirtschaftliche Produkte, Förderung des ausländischen Absatzes und Hebung der Kaufkraft namentlich der für die Landwirtschaft besonders wichtigen ärmeren Schichten des Volkes sind das Ziel einer Reihe von Maßnahmen. Eine Reihe von großartigen Plänen wollen der Industrie und dem Industriearbeiter helfen. Große Notstandsarbeiten, liberale Finanzierung von einzelstaatlichen und kommunalen Arbeiten, ein freiwilliger Arbeitsdienst mit einer halben Million Rekruten wollen die Arbeitslosigkeit vermindern. Zwangsmäßige Organisation der Industrie in Verbänden mit Herabsetzung der Arbeitszeit auf 35—40 Stunden, Festsetzung von Minimallöhnen, Regelung der Produktionsmengen, Verhinderung halsabschneidender Konkurrenz u. s. w. sollen die Industrie auf eine stabilere Basis stellen und den Beteiligten ein gerechtes Einkommen sichern. Die Inflation soll die unhaltbaren Zustände, die die bisherige Deflationspolitik geschaffen hatte, beseitigen, die Preise der landwirtschaftlichen Produkte steigern und die Verschuldung in der Landwirtschaft, wie die Kapitallasten der Industrie erleichtern. Neben diesen einschneidendsten Maßnahmen wären noch eine Reihe anderer zu erwähnen, wie diejenigen zur Sanierung des Bankwesens, zur Beseitigung von Mißständen bei Anleihssemissionen, zur Verbesserung des Transportwesens, zur Gesundung des Budgets und auf dem Gebiete der Alkoholgesetzgebung.

Man kann gewisse grundsätzliche Parallelen mit faschistischen Gedankengängen feststellen. Roosevelts Regierung zeichnet sich aus durch das starke Hervortreten persönlicher Führerschaft, durch starke Vergrößerung des Ermessens der Exekutive auf Kosten des Parlaments und durch Verwendung von Fachleuten, die durch Auslese von oben gewonnen werden. In die gleiche Richtung geht die jugendlich-dynamische Haltung Roosevelts. Auf Grund undogmatischer, realistischer Einschätzung der Sachlage schreitet er

frisch zur Tat, auch auf die Gefahr hin, Irrtümer zu begehen. „Ich halte es mit Theodor Roosevelt, der einmal sagte, daß er stolz sei, wenn von seinen Maßnahmen 75 % erfolgreich seien,“ sagte er durchs Radio zum Volk. Die Rolle des Staates gegenüber der Wirtschaft ist vollständig umgestellt. Die Wirtschaft wird organisiert, und Zwangskartelle beschränken die Konkurrenz. Ein gerechter Lohn, eine gleichmäßigere Verteilung der heutigen knappen Arbeitsmöglichkeit durch Verkürzung der Arbeitszeit und Wirtschaftsplanung treten anstelle von Ausbeutung und Wirtschaftskrieg. Gerechtigkeit für den „forgotten man“ ist die Losung der neuen Politik.

Das Ganze ist ein Ansaß zu einer Revolution von oben. Es wäre falsch, zu übersehen, daß die von Universitätsprofessoren geleitete neue Politik, die Amerika im Lichte der gegenwärtigen europäischen Entwicklung um Jahrzehnte vorwärts bringen würde, im Grunde noch ziemlich unverständlich über die Köpfe des Volkes hinweggeht. Inflation, Zwangskartelle, Minimallohne, Produktionsregelung, Übergang zu autoritärer Staatsführung sind Dinge, die für den liberalistisch erzogenen Amerikaner zu neu sind. Die starke Begeisterung für den Führer Roosevelt reizt ihn heute noch mit. Es ist noch unsicher, ob sie ihn auch dazu bringt, das Neue noch geistig zu erringen, oder ob anstelle des Enthusiasmus wieder zersetzende Kritik tritt und starke seelische Rückschläge die Revolution von oben außer Kraft setzen.

„Giftgas“.

Von **W. Volkart**, Zürich.

Die „Giftgase“ bilden ein Schreckgespenst unserer Zeit. Insonderheit ist der Gaskampf aus der Luft, welcher in einem Zukunftskriege für die Zivilbevölkerung des Landesinnern eine bedeutsame Rolle spielen dürfte, die Domäne der Ungeklärtheit und der Unsicherheit. Es sind aus diesem Grund in allen Ländern Bestrebungen im Gange, die Zivilbevölkerung mit der Wirkungsweise und dem Wesen der Gaskampfstoffe vertraut zu machen und sie so zur Selbstverteidigung zu erziehen. Das Gasschutzproblem ist akut und greift nach allem, was bisher an Tatsächlichem bekannt geworden ist, so tief in das tägliche Leben ein, daß niemand, der irgend eine Verantwortung trägt, von der Mitarbeit an den Schutzmaßnahmen ausgeschlossen ist. Die Sorge für den Gasschutz hat in keiner Weise etwas mit dem Kampf der verschiedenen Weltanschauungen zu tun, sondern hat die heute gegebenen Tatsachen als Grundlage zu nehmen, d. h. die Gefahren, die in einem Kriegsfall jedem Einzelnen, ohne Rücksicht auf Alter, Geschlecht oder persönliche Überzeugung drohen. Niemand ist der nationalen Pflicht enthoben, mit Ernst und Gewissenhaftigkeit an die Folgen etwaiger